

Florenz König

## Zwischen Hochschule und Zivilgesellschaft: Eine andere Welt braucht eine andere Bildung

### Zusammenfassung

Im vorliegenden Artikel werden zivilgesellschaftlich-universitäre Kooperationen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in den Fokus genommen. Ausgehend von einer Analyse des Begriffs Nachhaltigkeit stellt der Artikel die Vereinbarkeit von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit mit dem vorherrschenden ökonomischen Wachstumsparadigma infrage. Die These des Autors lautet: Der Ansatz der „nachhaltigen Entwicklung“ in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie die auf dem Konzept der „Einen Welt“ basierende „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sind auf ökonomische Interessen des Westens ausgerichtet. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit neuer Ansätze für eine Bildung für globale und generationenübergreifende Gerechtigkeit, wofür der Autor vielversprechende Anknüpfungspunkte in den sich entwickelnden Strukturen regionalautonomer Solidarökonomien sieht. Die Expertise zivilgesellschaftlicher Akteure aus diesem Bereich muss daher verstärkt Eingang in die Bildungsinstitutionen finden, was in einem Modellprojekt des Institut für Geographie und ihre Didaktik der PH Freiburg umgesetzt wird: Dozierende und Studierende kooperieren mit zivilen Nachhaltigkeits-Expert/inn/en und entwickeln Unterrichtseinheiten, die sie gemeinsam mit Lehrer/-innen und Schüler/-innen zur Anwendung bringen.

**Schlüsselworte:** *nachhaltige Entwicklung, Post-Development, Green Growth, Post-Wachstum, Regionalökonomie, Bildung für nachhaltige Entwicklung*

### Abstract

The following article deals with the cooperation between civil society and university in the area of sustainable development. Starting with an analysis of the term sustainability, the article questions the compatibility of environmental and social sustainability on the one hand and the prevalent economic growth paradigm on the other hand. The author argues that approaches in international development cooperation, as well as the “education for sustainable development” based on the concept of the “one world”, are aligned with the economic interests of the West. This demands new perspectives on education regarding global and intergenerational justice. Inspiration and first steps towards exactly this can be found in recently developing regional and autonomous solidarity economies. The expertise

in this field is mainly provided by civil society which should therefore receive better acknowledgement in educational institutions. An implementation of collaborative work is provided by a model project at the Institute of Geography and Didactics at the University of Education in Freiburg, Germany. Lecturers and students are cooperating with civil sustainability experts and developing teaching units which are then implemented together with teachers and school students.

**Keywords:** *sustainable development, post-development, green growth, de-growth, regional economy, Education for Sustainable Development*

### Nachhaltige Wirtschaft?

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ erfreut sich nicht erst seit Kurzem einer großen Beliebtheit in öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten. Das mag verwundern, denn der Begriff zeichnet sich durch nichts so aus wie durch seine begriffliche Unschärfe. Wer „nachhaltig“ sagt, meint oft langfristig, nachwachsend, gleichbleibend oder wirksam. Im Gegensatz zu seiner ursprünglichen, auf die Forstwirtschaft beschränkten Verwendung, ist diese heute geradezu inflationär. Wie Diskursanalytiker/-innen zeigen (vgl. Bajonowski 2014, S. 7), wird der Begriff heute in Wissenschaft, Politik oder Wirtschaft häufig verwendet, um altruistische Absichten zu suggerieren.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive bedeutet Nachhaltigkeit die Dimensionen Ökologie (Umwelt- und Ressourcenschutz), Ökonomie (Versorgung mit Waren und Gütern) und Soziales (Verteilungsgerechtigkeit, politische und soziale Teilhabe) so zu priorisieren, dass die langfristige und stabile Existenz einer Gesellschaft gewährleistet werden kann (vgl. Pufé 2014, S. 17). Diese gesamtgesellschaftliche Bedeutung findet spätestens mit der Veröffentlichung des Brundtland-Berichts im Jahr 1987 weltweite Beachtung, in dem es heißt: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Brundtland-Bericht 1987). Das Kern-Paradigma von Nachhaltigkeit besteht demnach aus räumlicher und zeitlicher, also globaler und generationeller Gerechtigkeit.

Nicht nur die Vielzahl und Intensität sozialer, ökologischer und ökonomisch motivierter Konflikte weltweit zeigt

unmittelbar, dass dieses Ziel bisher bei weitem verfehlt wurde. Auch die einseitige Fokussierung der Politik auf Wachstumsraten und Bruttosozialprodukt bei der Bemessung der volkswirtschaftlichen Entwicklung lassen berechtigte Zweifel an einer angemessenen Priorisierung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen aufkommen. Stattdessen wird deutlich, wie die kapitalistische Weltwirtschaft durch eine zunehmende Globalisierung immer komplexer werdender Kapital- und Stoffströme dazu beiträgt, die Dimensionen Ökologie, Soziales und Ökonomie weiter voneinander zu entkoppeln.

Einer der Gründe für den großen „Erfolg“ des kapitalistischen Wirtschaftsmodells liegt sicherlich in seiner Fähigkeit sich mit hoher Dynamik und Flexibilität an Krisen und neue Chancen anzupassen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich Konzerne und Staaten die Idee der Nachhaltigkeit zu Nutze machen. Das United Nations Environment Programme (UNEP) beschreibt dies wie folgt: „the greening of economies is not generally a drag on growth but rather a new engine of growth; [...] it is a net generator of decent jobs [...]“ (UNEP Green-Economy S. 3 in: Bemann et al. 2014, S. 140). Doch der Green New Deal birgt ernst zu nehmende Gefahren: Zum einen bedeutet die systemimmanente Wettbewerbs- und Innovationsdruck der Nachhaltigkeits-Branche eine weitere Zunahme an Ressourcenabbau, Schadstoffemissionen und Flächenverbrauch, wie der Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech zeigt. Ein qualitatives Wachstum durch Effizienz- und Konsistenzsteigerung kann nicht ohne die Generierung immer neuer und zusätzlicher Stoffströme auskommen (vgl. Paech 2009b, S. 85–92). Im Konkreten bedeutet *Green Growth*, dass Effizienzvorteile bspw. bei der Entwicklung von Leichtbau- oder Elektro-Autos mit Konsistenznachteilen durch aufwändige Materialinputs (Leichtmetalle, Kunststoffe) mit großem Verbrauch an Energie und Ressourcen bei Produktion und Entsorgung überkompensiert werden. Zum anderen besteht die Gefahr von schwer absehbaren *Rebound*-Effekten: Effizienzsteigerungen in der Produktion bewirken sinkende Preise und regen dadurch eine Steigerung des Konsums bzw. des Energieverbrauchs an.

Prominentestes Beispiel für die sozialen und ökologischen Schäden durch die Inwertsetzung von Naturressourcen ist der globale Klimawandel. Paradoxerweise sind insbesondere die marginalisierten Menschen in den strukturschwachen Ländern des globalen Südens am stärksten von den primären und sekundären Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die Industriestaaten hingegen, die ein Vielfaches an Schadstoffemissionen und Verbrauch an natürlichen Ressourcen verursachen, bleiben von den negativen Auswirkungen bislang weitestgehend verschont, wie der aktuelle Bericht des IPCC bestätigt (IPCC 2014).

Dies ist jedoch nur ein Symptom des hoch elaborierten Systems globalisierter Arbeitsteilung, das auf der Verfügbarkeit billiger Primärrohstoffe und der Externalisierung von Produktions- und Folgekosten – auch sozialer und ökologischer Art – basiert. Das Wohlstandsniveau der „freien Welt“ fand seinen Ursprung in der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung anderer Weltregionen. Die explizit rassistischen Motive der damaligen Kolonialherren sind heute zwar weitestgehend überwunden, jedoch existieren die damaligen Abhängigkeitsstrukturen in vielen Fällen weiter: Die Länder des globalen Südens

exportieren Primärgüter wie Öl, Kohle, Kupfer, Gold, Silber oder Kaffee und Soja zu niedrigen Preisen und importieren verarbeitete Konsumgüter wie Handys, Autos etc. zu hohen Preisen. Ökonomische und ökologische Gewinner dieser Rechnung sind die Industriestaaten (vgl. Fischer-Kowalski 2004, S. 30–34).

### **Internationale Entwicklungszusammenarbeit**

Welche Rolle kommt nun dabei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu? Unter dem aktuellen Entwicklungsparadigma schreiben sich die mächtigen Akteure der internationalen EZ, wie die Vereinten Nationen, die Weltbank, IWF, WTO oder in Deutschland das BMZ, „nachhaltige Entwicklung“ auf ihre Fahnen. Das BMZ bspw. sieht „die zentralen Probleme der Entwicklungs- und Transformationsländer [...] als globale Herausforderungen [...], deren Lösung im gemeinsamen weltweiten Interesse liegt“ (BMZ 2001, S. 9). Das Leitbild der „Einen Welt“ – also einer „weltweiten Interessensidentität“ – dem zufolge zur Lösung globaler Probleme alle die gleichen Ziele verfolgen, ist ein im weltweiten Diskurs zur nachhaltigen Entwicklung wiederkehrendes und politisches Element (vgl. Ziai 2006, S. 129). So schreibt das BMZ weiter: „Die Probleme der Entwicklungs- und Transformationsländer [stehen] in engem Wirkungszusammenhang mit der Gefährdung globaler öffentlicher Güter wie Frieden, soziale Sicherheit, Schutz der natürlichen Ressourcen sowie wirtschaftliche Entwicklung. [...] Die Sicherung der global bedeutsamen Ressourcen (...) des Subkontinentes [Lateinamerikas] durch nachhaltige Bewirtschaftung bleibt daher auch für die Zukunft eine wichtige Herausforderung“ (2001, S. 30). Die Deklaration von global bedeutsamen Ressourcen, zu deren Sicherung sich das BMZ berufen fühlt, zeigt deutlich, wie unter dem Rückgriff auf „nachhaltige Entwicklung“ nationale ökonomische Interessen vertreten werden.

Auch die Weltbank postuliert auf ihrer Website: „Sustainable development recognizes that growth must be both inclusive and environmentally sound to reduce poverty and build shared prosperity for today's population and to continue to meet the needs of future generations“ ([www.worldbank.org/en/topic/sustainabledevelopment/overview](http://www.worldbank.org/en/topic/sustainabledevelopment/overview); abgerufen am 15.07.2015). Gleichzeitig ist sie mit den Weltbanktöchtern Internationale Finanz-Corporation (IFC) und Foreign Investment Advisory Service (FIAS) die weltweit wichtigste Akteurin bei der Kommodifizierung der Entwicklungsländer für ausländische Investoren (vgl. Bommert 2012, S. 158ff.). So gehört es zu den Aufgaben von FIAS und IFC, bspw. durch die Beeinflussung von Gesetzgebungsverfahren die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer zu sog. „business-enabling-environments“ (Bommert 2012, S. 158ff.) umzugestalten.

### **Alternative zu nachhaltiger Entwicklung**

Neben der Vereinnahmung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung durch nationalstaatliche und wirtschaftliche Interessen und der mangelnden Zielerreichung der Entwicklungszusammenarbeit kritisieren Vertreter der Post-Development-Strömungen (z.B. Illich, Rahnema, Ziai) das Konzept der Entwicklung an sich: Die Unterteilung der Welt anhand des Bruttosozialprodukts oder auch des Human Development Indexes

in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Regionen unterwirft die Länder des Südens der Definitionsmacht westlicher Wissensproduktion. Darüber hinaus „liegt dem westlichen Maßstab des Bruttosozialprodukts ein ökonomistisches Denken zugrunde, das fälschlicherweise von der Unendlichkeit menschlicher Bedürfnisse und dementsprechend von der Notwendigkeit stetigen Wirtschaftswachstums ausgeht und dabei „unproduktiven“ Aktivitäten und Fähigkeiten einen Eigenwert abspricht“ (Esteva 1992, S. 16–19 in: Ziai 2012, S. 134).

Die eingangs formulierte These, wonach die internationale Entwicklungszusammenarbeit auch unter dem Paradigma des *sustainable developments* nicht zur Behebung sozialer und ökologischer Krisen beiträgt, sondern stattdessen unidirektionale Machtverhältnisse zum Vorteil des globalen Nordens schafft, zeigt sich folglich bestätigt. Doch welche Alternative bleibt? Aram Ziai, renommiertester deutscher Post-Development-Theoretiker, formuliert aus dem Scheitern der bisherigen Entwicklungsansätze eine „Alternative zu Entwicklung“: Diese unterscheidet sich von der „nachhaltigen Entwicklung“ zum ersten durch ein Entwicklungsziel, das nicht auf „eine ‚entwickelte‘ säkular-aufgeklärte, liberal-kapitalistische, parlamentarisch-demokratische, technologisierte und industrialisierte Gesellschaft nach dem Vorbild Nordamerikas oder Westeuropas, [sondern] auf die Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Staat und den Parteien, die Wiederaneignung der Ökonomie gegenüber dem Weltmarkt und die Wiederaneignung des Wissens gegenüber der Wissenschaft abziel[t]“ (Ziai 2012, S. 136). Zum zweiten impliziert sie weitreichende Veränderungen für den globalen Norden und lässt sich als Gegenentwurf zu dem oben

geschilderten „nachhaltigen“ Wirtschafts- und Entwicklungsverständnis verstehen. Also als eine Entwicklung des Nordens hin zu einer Post-Wachstums-Gesellschaft statt einer Entwicklung des Südens in Richtung einer „nachhaltigen“ Modernisierung.

Ein solcher Gegenentwurf beinhaltet radikale gesellschaftliche Veränderungen: Zunächst müssen Wachstumszwänge beseitigt werden, wozu die Innovationsorientierung moderner Marktwirtschaften, das gegenwärtige Geld- und Zinssystem, hohe Gewinnerwartungen und materielle Selbstverwirklichungsansprüche zählen (Paech 2009, S. 26). Eine Post-Wachstums-Gesellschaft muss ferner damit beginnen, den Grad der Fremdversorgung herunterzuschrauben und Selbstversorgungsstrukturen wie etwa Projekte der solidarischen Landwirtschaft aufzubauen. „Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion [...]. Eigenarbeit, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen etc. würden zu einer graduellen De-Globalisierung verhelfen“ (Paech 2009a, S. 27). Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist die Nutzung von Regionalwährungen, wodurch Abhängigkeiten vom globalen Finanzsystem reduziert und Wachstumszwänge durch das Zinssystem umgangen werden können. Die Nutzungsdauerverlängerung von Gegenständen, die Reaktivierung von eigenen handwerklichen Fähigkeiten, Skill-Sharing, Maschinen-Kooperativen sind weitere Bestandteile einer solidarischen Regionalökonomie. Insbesondere bedarf es auf diesem Weg auch einer



Abb. 1: Gemüse der GartenCoop Freiburg; Quelle: Florenz König

Re-Organisation von Arbeit. Ein Rückbau der globalisierten Arbeitsteilung bedeutet, dass Eigenproduktion, Instandhaltung, Leistungsaustausch oder solidarische Arbeit an Gemeinschaftsprojekten etc. ein fester Bestandteil unseres Alltagslebens sein müssten. In einer solchen solidarautonomen Regionalökonomie kommt den Dimensionen Ökologie und Soziales eine große Bedeutung zu. Soziale Ungleichgewichte oder ökologische Probleme machen sich in regionalen Versorgungsstrukturen direkt bemerkbar und der kommunikative Austausch darüber kann durch die Organisation in versammlungsfähigen Gruppen gewährleistet werden.

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Um eine derartig grundlegende Abkehr vom Wachstumsparadigma zu initiieren, kann nicht auf politische Weichenstellungen gewartet werden. Es ist daher nötig, dass zivilgesellschaftliche Initiativen Beispiele schaffen, die zeigen, dass eine regionale Solidarökonomie keine Utopie ist. Moderne Strukturen der solidarischen und autonomen Versorgung müssen praktiziert und experimentiert werden, um für zukünftige Krisen – bspw. durch den Mangel an Öl – gewappnet zu sein. Im Bereich der solidarischen und regionalen Nahrungsmittelversorgung bspw. zeigt sich in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung: Die Zahl der SoLaWi-Höfe (solidarische Landwirtschaft) in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren von sechs auf 80 (Juli 2015) gestiegen, etwa 96 weitere befinden sich in der Gründung (vgl. solidarische-landwirtschaft.org).

Einen wesentlichen Beitrag zur Tradierung gesellschaftlicher Werte, aber auch zu deren Transformation liefern seit jeher die Bildungsinstitutionen. So ist es eine der obersten pädagogischen Aufgaben, den Menschen zu einem reflexiven Handeln in Auseinandersetzung mit Umwelt, anderen Menschen und sich selbst zu befähigen. Dazu zählt im Zeitalter der Globalisierung auch eine angemessene Bildung (für nachhaltige Entwicklung). Im Jahr 2005 verpflichtete sich Deutschland ebenso wie die anderen UN-Mitgliedsstaaten das Thema „nachhaltige Entwicklung“ in ihr nationales Bildungsprogramm zu integrieren. Bis zum Jahr 2014 lief die sogenannte BNE-Dekade (BNE: Bildung für nachhaltige Entwicklung), aber auch nach ihrem Abschluss hat das Bildungskonzept weiterhin höchstaktuelle Relevanz, weshalb seine Förderung durch die UN ab 2015 im Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fortgeführt wird.

Im Rahmen der Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurden in Deutschland mehr als 1.900 unterschiedlichste Projekte wie Planspiele, Unterrichtskonzeptionen, Schüler/-innenfirmen oder auch Entwicklungskooperationen und NGOs von der UN ausgezeichnet. Die Bandbreite der inhaltlichen Zielsetzung der ausgezeichneten Projekte entspricht dabei in etwa der Unschärfe des Nachhaltigkeitsbegriffs. An dieser Stelle sollen jedoch nicht einzelne BNE-Projekte kritisiert werden. Die Kritik an BNE ist vielmehr grundsätzlicher Art (vgl. hierzu Danielzik 2012, 2013)<sup>1</sup>: Viele der Unterrichtsansätze der BNE fahren erstens mit der klassisch eurozentristischen Dichotomie von „entwickelt“ und „unterentwickelt“ fort. So finden sich auf der Website des BNE-Portals Unterrichtsmaterialien, die bspw. Afrika auf die Themen Hunger, Armut, Desertifikation, Krieg, Aids, Straßenkinder und Flüchtlinge reduzieren und somit Teil westlicher Wissen-

sproduktion über die „Benachteiligten“ des globalen Südens sind. Die Abgrenzung des „Eigenen“ von dem „Fremden“, des „zivilisierten Weißen“ von dem „barbarischen Schwarzen“ oder eben des „Entwickelten“ von dem „Unterentwickelten“ bildete schon in der Kolonialzeit die Grundlage des Überlegenheitsdenkens der Kolonialherren. Auch bleibt bei der Fokussierung auf Armut und ihre Folgeerscheinungen wie Hunger und Flucht die Frage nach den Ursachen allzu häufig außer Acht (Danielzik 2012, S. D8).

Neben der Tradierung kolonialer Wissens- und Herrschaftsverhältnisse ist der zweite Kritikpunkt das Festhalten am Modernisierungsparadigma. Die UNESCO vermittelt auch in der BNE, dass durch technologischen Fortschritt Weltprobleme wie Hunger und Klimawandel gelöst werden könnten. So stellen sie auf der offiziellen Website bspw. im Bereich Mobilität die Frage „Wie wird Verkehr in Großstädten effizienter und schadstoffärmer?“ (www.bne-portal.de). Dabei wird die Vereinbarkeit von ökonomischem Wachstumsstreben und ökologischer Verantwortung suggeriert und dem Lernenden werden grün-kapitalistische Werte im Sinne der *Green Economy* vermittelt.

Eine kritische Betrachtung von Ursachen für benachteiligte und marginalisierte Weltregionen, nämlich der kolonialen Entstehungsgeschichte der Unterdrückungsstrukturen der globalen kapitalistischen Arbeitsteilung findet hingegen nur vereinzelt statt.

Auf dem Weg zu einer Post-Wachstums-Gesellschaft bedarf es folglich einer Bildung, die den Menschen dazu befähigt, diese Strukturen zu kritisieren und darüber hinaus diese Kritik im individuellen Handeln wirksam werden zu lassen. Es muss daher auch die Aufgabe der Bildungsinstitutionen sein, jungen Menschen Handlungsalternativen aufzuzeigen, um so die geforderte gesellschaftliche Transformation mit zu initiieren. Die Bildungsinstitutionen, ob Schulen oder Universitäten, begeben sich dabei auf unbekanntes Terrain, denn der Aufbau solidarautonomer Regionalökonomien wird in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – nicht zuletzt auf Grund des komplexen interdisziplinären Anspruchs – nur peripher diskutiert. Die zivilgesellschaftlichen Akteure der Post-Wachstums-Bewegung hingegen verfügen bereits über eine profunde Expertise und jahrelange Erfahrung mit Projekten wie Transition Towns, Regionalwährungen oder Landwirtschaftskooperationen.

### **Kooperation von Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen**

Aus der Notwendigkeit, alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, ergibt sich für die Bildungsinstitutionen der Bedarf an Bildungskonzepten, die sich die Expertise von zivilgesellschaftlichen Post-Wachstumsprojekten zu Nutze machen.

Diese Synergien der Kooperationen zwischen universitären und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu nutzen, war auch die Motivation einer Studierendengruppe der Geographie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Gemeinsam mit dem betreuenden Dozenten entwickelten die Studierenden eine Seminarkonzeption, die es zum Ziel hat, theoretische Aspekte von Nachhaltigkeit an Praxisbeispielen aus der Region Freiburg für Studierende und Schüler/-innen erfahrbar zu machen, um

so die gesellschaftliche Transformation durch das Aufzeigen von Handlungsalternativen voran zu bringen. Wichtig dafür ist, dass diese Alternativen von den Studierenden und Schüler/-innen als realisierbare und ohne großen Mehraufwand praktikierbare Lösungen wahrgenommen werden.

In einer ersten Seminarphase, des aktuell (SoSe 2015) laufenden Seminars, luden die Studierenden Expert/inn/en aus selbstgewählten Projekten solidarischer Regionalökonomie aus der Region Freiburg in das Seminar ein. Es handelt sich dabei um Projekte, die den Ansprüchen einer Post-Wachstums-Gesellschaft in möglichst hohem Maße entsprechen sollen. So wurden Expert/inn/en bspw. von einer Kooperative der solidarischen Landwirtschaft (GartenCoop Freiburg), einer Bürgerinitiative für die kooperative Versorgung mit regenerativer Energie (EWS Schönau) oder von einer Initiative zur selbstorganisierten, unkommerziellen Nutzung von Immobilien in Gemeineigentum (Miethäusersyndikat) eingeladen. In der Diskussion mit den zivilgesellschaftlichen Expert/inn/en erlangten die Studierenden Einblicke in die Projekte und theoretisches Wissen über deren Strategien und Ansätze. Insbesondere die Notwendigkeit kultureller Veränderungen wurde dabei intensiv diskutiert. Bspw. äußerten die Studierenden großes Erstaunen darüber, dass das Gemüse der GartenCoop Freiburg keinen Preis hat, sondern die Finanzierung der landwirtschaftlichen Produktion über Beiträge nach Selbsteinschätzung bewerkstelligt wird.

In der Aufarbeitung der Themen wie solidarische Ökonomie, Kollektiveigentum oder entkommerzialisierte Produktionsstrategien mit dem Dozenten finden insbesondere didaktische Aspekte Berücksichtigung. Das heißt, neben der

inhaltlichen Fundierung stehen Fragen im Vordergrund wie: Lassen sich die komplexen Zusammenhänge schüler/-innengerecht aufbereiten oder welche Unterrichtszugänge sind geeignet das jeweilige Thema zu vermitteln und Schüler/-innen zur Reflexion ihres eigenen Handelns anzuregen? Ein zentrales Element ist dabei auch die kritische Betrachtung der eigenen Unterrichtsentwürfe bezüglich Entwicklungsverständnis und post-kolonialer Wissensproduktion. So prüfen die Studierenden, die von ihnen erstellten Unterrichtszugänge anhand von Fragen wie bspw.: Wie wird in den Methoden „Entwicklung“ konzeptualisiert? Ist der Unterrichtsansatz kulturell geprägt? (Wie) werden Kolonialismus und Rassismus thematisiert? Implizieren angebotene Lösungs- und Handlungsvorschläge die Beibehaltung traditioneller oder kolonialer Machtverhältnisse?

In einer letzten Seminarphase kommen die entwickelten Unterrichtsmaterialien zur Anwendung. Dazu erproben die Studierenden ihre Unterrichtsentwürfe in Freiburger Schulklassen. Einige Studierende erarbeiten zusätzlich Schüler/-innen-Exkursionen zu Projekt-Betrieben, die ebenso wie die Unterrichtssitzungen abschließend evaluiert werden.

Neben der inhaltlichen und methodischen Konzeption ist auch der Entstehungsprozess der Seminarkonzeption von Bedeutung: In einem vorhergehendem Seminar im WS 14/15 lernten die Studierenden ausgehend von den Nachhaltigkeitsdimensionen einige Beispiele von Mensch-Umwelt-Systemen kennen, die die Studierenden immer wieder zu Kritik an den bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen veranlassten. Die Studierenden äußerten schon bald den Wunsch, mehr über mögliche Alternativen zu erfahren, und sahen es als wichtig an, selbst zu Multiplikator/inn/en dieser Alternativen



Abb. 2: Exkursion mit Schüler/inn/en; Quelle: Florenz König

zu werden, woraufhin unter großer Partizipation der Studierenden das oben beschriebene Seminar entstand. Durch die Möglichkeit, die Seminarschwerpunkte selbst zu setzen, sind die Lernprozesse der Studierenden intrinsisch motiviert. Die Studierenden machen sich dabei zum Subjekt ihrer Ausbildung, wobei der Seminarleiter nur noch eine unterstützende Rolle einnimmt und mit Literaturhinweisen etc. zur Seite steht. Durch dieses Vorgehen erarbeiten sich die Studierenden individuelle Handlungsalternativen entsprechend ihren persönlichen Interessen und im Sinne einer Alternative zu Entwicklung fernab vom Wachstumsparadigma des *green new deal* und eurozentristischer Wissensproduktion.

Das Beispiel des geschilderten Seminars zeigt deutlich, welches Potenzial die Kooperation von Hochschule und zivilgesellschaftlichen Organisationen birgt: Die praxisbezogene Expertise zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich alternativer Entwicklungs- und Wirtschaftskonzepte stellt einen großen Schatz an Wissen dar, den es in universitärer Forschung und Lehre zu nutzen gilt. Gleichzeitig verfügen die Universitäten über präzise Kriterien zur wissenschaftlichen Analyse und Theoriebildung, die zum Durchdringen komplexer Systeme und zur Bildung von Ordnungsrahmen auch für die zivilgesellschaftlichen Organisationen von großer Bedeutung sind. Das beschriebene Seminar führt diese Expertisen zusammen. Es bietet den Studierenden die Möglichkeit wissenschaftliche Theorie mit gelebter Praxis in Verbindung zu setzen, und dadurch das Erlernte in eine Erweiterung der individuellen privaten sowie beruflichen Handlungsmöglichkeiten zu transferieren.

### Fazit

Kooperationen von zivilgesellschaftlichen und akademischen Akteuren in der Lehre stellen eine herausragende Gelegenheit dar, aus theoretischen und praktischen Zugängen Synergieeffekte zu generieren. Diese mehrperspektivische und transdisziplinäre Form des Wissenstransfers – an der, wie im oben vorgestellten Fall, diverse Akteure und Akteurinnen (Aktivist/inn/en, Wissenschaftler/-innen, Studierende, Schüler/-innen und Lehrer/-innen) beteiligt sind – bietet problemorientierte und authentische Lernanlässe, die sich durch einen starken Bezug zur Lebenswelt der Schüler/-innen bzw. Studierenden auszeichnen.

Das Beispiel zeigt, dass Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Hochschule im Bereich „nachhaltige Entwicklung“ einen kritisch reflektierenden Umgang mit den „westlichen“ Konzepten „Nachhaltigkeit“ und „Entwicklung“ der BNE ermöglichen. Darüber hinaus leisten sie einen wichtigen Dienst zur Erreichung einer, im Sinne von globaler und generationeller Gerechtigkeit, „nachhaltigen“ Zukunft: Durch das Aufzeigen gelebter „Alternativen zu Entwicklung“, trägt sie dazu bei, die Diskrepanz zwischen dem Wissen um die sozial-ökologische Krise und dem individuellen Handeln zu reduzieren. Das Verlassen der eingefahrenen Wege der BNE und die Zuwendung zu innovativen Konzepten ist für die Pädagogik unumgänglich. Es darf dabei aber nicht bei Einzelprojekten mit Beispielcharakter bleiben. Für eine Entwicklung des globalen Nordens in Richtung einer Post-Wachstumsgesellschaft bedarf es einer umfassenden kulturellen Transformation, weshalb die Institutionalisierung hier geschilderter kooperativer Lernformen notwendig ist.

### Anmerkung

- 1 Danielziks Kritik muss insbesondere für das Globale Lernen relativiert werden, das im Gegensatz zur BNE bspw. häufig kulturelle Gemeinsamkeiten statt Unterschiede sowie gemeinsame globale Herausforderungen thematisiert. Auch sind ihre Thesen sicherlich nicht für sämtliche Materialien, Ansätze und Projekte der BNE gültig. Dennoch bergen viele der Unterrichtsmaterialien der BNE die Gefahr der Tradierung postkolonialer und an westlichem Modernisierungsparadigma orientierter Werte und Verhaltensdispositionen (vgl. zum Diskurs um Danielziks Thesen u.a. Overwien 2013; Scheunpflug 2014).

### Literatur

- Bemmann, M./Metzger, B./von Detten, R. (2014):** Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaft. Frankfurt/New York.
- BMZ (2001):** Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Bonn.
- Bojanowski, A. (2014):** Verwirrende Werbefloskel. In: Aus Politik- und Zeitgeschichte 31–32/2014 S. 7–8. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bommert, W. (2012):** Bodenrausch. Die globale Jagd nach den Äckern der Welt. Köln.
- Brand, U./Wissen, M. (2014):** Ökologische Modernisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Green Economy und Konturen eines grünen Kapitalismus. In: Bemmann, M./Metzger, B./von Detten, R. (Hg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaft. S. 135–159. Frankfurt/New York
- Brundtland-Bericht (1987):** Our Common Future. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen
- Danielzik, C.-M. (2012):** Wer mit Zweitem anfängt. Bildung für nachhaltige Entwicklung kann Machtwissen tradieren. In: *iz3w* März/April 2012 D8–D10.
- Danielzik, C.-M. (2013):** Überlegenheitsdenken fällt nicht vom Himmel. Postkoloniale Perspektiven auf Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, Jg. 36, H. 1, S. 26–33.
- Fischer-Kowalski, M. (2004):** Gesellschaftlicher Stoffwechsel, internationaler Handel und die räumliche Verteilung von Umweltbelastungen. In: Halbmayer et al. (2004): Kultur, Raum, Landschaft. Zur Bedeutung des Raumes in Zeiten der Globalität. S. 20–34. Frankfurt am Main.
- IPCC (2015):** Climate Change Report 2014. Genf.
- Meadows, D./Meadows, D./Randers, J./Behrens III, W.W. (1972):** Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart.
- Miegel, M. (2011):** Exit: Wohlstand ohne Wachstum. Berlin.
- Overwien, B. (2013):** Falsche Polarisierung. Die Critical Whiteness-Kritik am Globalen Lernen wird ihrem Gegenstand nicht gerecht. In: *iz3w* September/Okttober 2013 S. 38–41.
- Paech, N. (2009a):** Eine Ökonomie jenseits des Wachstums. In: Einblicke Nr. 49. S. 24–27. Oldenburg.
- Paech, N. (2009b):** Wachstum light? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie. In: Wissenschaft und Umwelt interdisziplinär 13/2009. S. 84–93. München.
- Pufé, I. (2014):** Was ist Nachhaltigkeit? Dimensionen und Chancen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 31–32/2014. S. 15–20. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Scheunpflug, A. (2014):** Globales Lernen und die Debatte um Postkolonialität. In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik und internationale Entwicklungsforschung Jg. 37, H. 4, S. 31–32.
- Scholz, F. (2006):** Entwicklungsländer. Entwicklungspolitische Grundlagen und regionale Beispiele. Braunschweig.
- Ziai, A. (2006):** Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster.
- Ziai, A. (2012):** Post-Development: Fundamentalkritik der „Entwicklung“. In: *Geographica Helvetica*, 67, S. 133–138.
- Wojnowski, B./Becker, P./Bertram, A./Bhandari, S./Burger, J./Haver, M./Janssen, A./Lange, J./Miyazaki, J./Peters, G./Ruf, E./Schneider, J./Sempach, J./Wang, C. (Hg.) (2012):** Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeiten und Ansätze einer Wachstumswende. Freiburg.

### Florenz König

geboren 1986 in Schwäbisch Hall; Studium der Geographie (Lehramt) an der Pädagogischen Hochschule Freiburg und der Universidad de Antioquia in Medellín, Kolumbien, Abschluss 2012; Forschungsaufenthalt in Kolumbien zum Thema „Funktion informeller Müllsammel im Abfallwirtschaftssystem lateinamerikanischer Großstädte“. Akademischer Mitarbeiter am Institut für Geographie und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Wirtschaftsgeographie, geographische Entwicklungsforschung, Rohstoff-Extraktivismus, Regionaler Schwerpunkt Lateinamerika